

„Heute freuen wir uns ...“



... weil wir zusammen durch die Stadt bummeln können.“

Klaudia (36) und Nikola Szafranska (15) Hildesheim

Galgenberg: Steighilfen fehlen jetzt

Keine Holzbohlen mehr an der Silberfundstraße

Hildesheim (apm). Verärgert über den Abbau von Holzbohlen auf einem Weg oberhalb der Silberfundstraße zeigt sich CDU-Ratsherr Enzo Calvanico. Der dortige Wald ist ein beliebtes Naherholungsgebiet und viele Bewohner des Musikerviertels rund um die Saarstraße gehen über diesen Weg in den Wald.

Seit Jahrzehnten sind dort Holzbohlen angebracht, die den Weg treppenartig formen und so den Aufstieg erleichtern sollen.

Doch gerade zu Beginn des Winters waren die Bohlen auf einmal weg und der Anstieg war glattgezogen. Calvanico: „Auch bei gutem Wetter ist der Weg für ältere Menschen schon zu steil, wenn sie sich nirgends festhalten können.“ Das sei schließlich der einzige Weg vom Musikerviertel in den Galgenberg. „Er ist wichtig für Menschen, die im Wald spazieren gehen möchten.“ Gerade in den Wintermonaten könnten ältere Menschen diesen Weg gar nicht mehr benutzen, so Calvanico.

Die Stadt bestätigt, dass sie die Bohlen im Herbst entfernt hat. Stadtsprecher Helge Mieth: „Das Holz war morsch geworden. Die Bohlen hatten mindestens 40 Jahre auf dem Buckel.“ Auch Heinz Habenicht, Leiter des städtischen Bauhofs, sieht die Stadt in der Pflicht zu handeln: „Teilweise haben sich dort schon Stolperfallen gebildet. Die Treppe war nicht mehr verkehrssicher.“ Ersatz für die Holzbohlen will die Stadt nicht schaffen. Habenicht: „Wir haben den Boden schon aufgeschüttet und umverteilt, damit er eben wird.“

Kritik von Calvanico an dem Zustand des Weges will er nicht gelten lassen. „Das ist halt ein Waldweg“, erläutert Habenicht.

Lehrgang für Hundeführer

Hildesheim (r/apm). Der Deutsche Tackelclub (DTK) bietet an zehn aufeinanderfolgenden Samstagen einen Gehorsamlehrgang für Dackel an. Erster Termin ist der heutige Sonnabend auf der Brockenblickswiese unterhalb des Hotels „Zum Brockenblick“.

Treffpunkt ist jeweils um 14 Uhr. Unter Anleitung eines erfahrenen Hundeführers können die Besitzer ihren Hund zu einem gehorsamen Begleiter ausbilden. Eine Mitgliedschaft im DTK ist nicht erforderlich. Informationen unter der Telefonnummer 5 36 31.

Streit um einen alten Teppich

Pflegekasse will Austausch bei Hildesheimerin nicht bezahlen – lenkt aber nach HAZ-Anfrage ein

Hildesheim (cha). Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, dass der Bast-Teppich mit der Wohnungsmieterin gealtert ist. Rosemarie Lüning lebt seit 1979 in der Himmelsthürer Wohnung. Etwa seit dieser Zeit liegt auch der robuste Teppich in ihrem Flur. An manchen Stellen ist er gewellt, biegt sich mitunter am Rand nach oben. Das war bisher unproblematisch. Doch die 69-jährige ehemalige Sozialarbeiterin leidet an Multipler Sklerose. Inzwischen hat sie Pflegestufe 1 – ist also sehr pflegebedürftig. Sie kann sich nur noch äußerst eingeschränkt in ihrer Wohnung bewegen. Geht sie nach draußen, benötigt sie mindestens einen Rollator.

Aus diesem Grund hat die behinderte Frau gemeinsam mit ihrem Pflegedienst „Daheim statt Heim“ mehrere Veränderungen an ihrer Wohnung bei ihrer Pflegekasse beantragt. Unter dem Namen „Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen“ hat der Gesetzgeber bauliche Veränderungen in Wohnungen von pflegebedürftigen Menschen vorgeschrieben, die die Pflegesituation verbessern und einen Heimaufenthalt vermeiden sollen. Typischerweise werden etwa das Absenken von Türschwellen sowie das Anbringen von Handläufen bezahlt.

Beides hat die Pflegekasse der DAK auch bei Rosemarie Lüning genehmigt. Doch den Teppich will die Kasse nicht bezahlen. Bei ihm handele es sich um eine reine Verschönerungsmaßnahme, teilte die Kasse Rosemarie Lüning mit.

Nun geht es beim Kauf eines neuen Teppichs nicht um eine horrenden Summe. Zusammen mit der fachgerechten Verlegung kostet der Austausch vielleicht 500 Euro, schätzt Sebastian Adamski, Geschäftsführer von „Daheim statt Heim“. Er hat Rosemarie Lüning im September in einem ersten Gutachten bescheinigt, dass sie in ihrem Zustand unbedingt einen rutschfesten Teppich benötigt. „Sie ist äußerst sturzgefährdet“, sagt er.

Die Ablehnung des Antrags kann der Pflege-Fachmann nicht verstehen. Aus Paragraf 40 des Sozialgesetzbuchs gehe deutlich hervor, dass Zuschüsse zum Austausch von Bodenbelag gewährt würden, wenn damit Stolperquellen, Rutsch- und Sturzgefahren beseitigt werden könnten. Exakt dies sieht er bei Rosemarie Lüning gegeben. Die Entscheidung der DAK findet er insbesondere vor dem Hintergrund gut gefüllter Pflegekassen ungerecht. „Meiner Meinung nach ist das Willkür“, sagt Adamski.

Er hat seiner Patientin zu einem Widerspruch geraten, der ein Zweitgutachten erforderlich mache. Dieses fertigte der Medizinische Dienst der Krankenversicherung an – allerdings ohne sich ein Bild der Hildesheimerin und ihrer persönlichen Situation in Himmelsthür zu machen. „Die waren nie hier, sie haben nach Aktenlage entschieden“, sagt Adamski.



Rosemarie Lüning und Sebastian Adamski wollen, dass der alte Teppich so schnell wie möglich aus dem Flur verschwindet.

Foto: Harborth

Die DAK hat Rosemarie Lüning schriftlich aufgefordert, mitzuteilen, ob sie ihren Widerspruch aufrecht erhalten oder ihn zurückziehen wolle.

Rosemarie Lüning hat sich entschieden, einen weiteren Widerspruch einzulegen. Auch die Klärung vor dem Sozialgericht kommt in Betracht. Aber das würde lange dauern und teuer werden. Sozialge-

richtsverfahren ziehen sich laut Pflegefachmann Adamski schon mal bis zu fünf Jahre hin – so lange könne Rosemarie Lüning auf keinen Fall mehr mit ihrem rutschigen Teppich in der Wohnung bleiben. „Ich gehe davon aus, dass hier eine Willkür der Kasse vorliegt, die so nicht hinnehmbar ist“, sagt Adamski.

Nach einer Anfrage der Hildesheimer

Allgemeinen Zeitung hat die Kasse jetzt eingelenkt. „Wir haben uns noch einmal mit unseren Experten beraten und das Anliegen der Versicherten erneut geprüft“, sagt DAK-Sprecher Frank Meiners.

Die Kasse werde – im Gegensatz zur Empfehlung des MDK – die Kosten für den Bodenbelag übernehmen.

Kokainverkauf sollte Eigenbedarf finanzieren

Sechsfacher Familienvater räumt vor Gericht Drogengeschäfte ein / Messer nur „zufällig“ mitgeführt

Hildesheim (rei). Zähes Ringen um formale Feinheiten hat gestern den dritten Verhandlungstag im Prozess um vier mutmaßliche Kokainhändler geprägt. Unter dem leisen Gemurmel von mittlerweile drei Dolmetschern, die das Gesagte auf albanisch, türkisch und polnisch übertragen, sagte auch der 33-jährige Deutsch-Libanese aus, der den Handel von Hildesheim aus angeschoben haben soll.

Ins Drogengeschäft sei er nur eingestiegen, um seinen Eigenbedarf zu finanzieren, erklärte der frühere Betreiber der Shisha-Bar am Pelizaeusplatz. „Es musste immer so hinkommen, dass ich ein Drittel für mich selbst behalten konnte und zwei Drittel weiterverkauften.“ Hoch überschuldet und nach mehreren Geschäftsaufgaben beruflich am Ende, habe

er 2008 angefangen, Kokain zunächst nur gelegentlich und in geringen Dosen zu schnupfen. In den folgenden Jahren sei sein Konsum aber immer weiter gestiegen. Bis schließlich sein ursprüngliches Finanzierungskonzept, das Pokerspiel („Ich habe halt oft gewonnen“), nicht mehr aufging.

Sein mitangeklagter jüngerer Bruder habe ihm daraufhin lediglich den Kontakt zu den beiden in Hannover lebenden albanischstämmigen Verkäufern vermittelt, erklärte der frühere Betreiber der Shisha-Bar am Pelizaeusplatz. „Es musste immer so hinkommen, dass ich ein Drittel für mich selbst behalten konnte und zwei Drittel weiterverkauften.“ Hoch überschuldet und nach mehreren Geschäftsaufgaben beruflich am Ende, habe

vergangenen September zugegeben gewesen.

Insgesamt vermittelte der Angeklagte einen aufgeräumten Eindruck, hielt Blickkontakt zum Vorsitzenden Richter und antwortete ruhig auf dessen Fragen. Während seine als Beistand neben ihm sitzende Frau einen Dolmetscher in Anspruch nahm, sprach er selbst fast akzentfrei Deutsch. In manchen Momenten hatte es fast den Anschein, er erkläre der sechsfache Familienvater nicht dem Gericht die Hintergründe einer Straftat, sondern einem Kind die Mechanismen des Drogenmarkts. „Wenn es Pulver ist, kauft man es nicht“, entgegnete er beispielsweise auf die Frage, wie er denn die mehrmals erwähnte „schlechte Qualität“ der Ware habe erkennen können. „In Pul-

ver kann man alles mögliche mit reinmischen. Wenn man gute Qualität will, muss man Steine nehmen, also festes Kokain.“

Der Deutsch-Libanese nutzte mitgebrachte Notizen, um minutiös jede Begegnung mit den beiden Albanern zu rekonstruieren. Etliche tausend Euro seien dabei über den gut zwei Monate währenden Handels-Zeitraum geflossen, allein für den letzten – und mit Abstand teuersten – Kauf von 500 Gramm Kokain trug der Hildesheimer am Tag der Verhaftung 21.000 Euro bei sich. Dass er dabei auch noch bewaffnet war – was sich maßgeblich auf die Beurteilung der Tat auswirken könnte – sei ihm gar nicht bewusst gewesen. Er habe das mitgeführte Messer am Tag zuvor seinem Sohn abgenommen und nur zu zufällig noch bei sich gehabt.

Stadt will Obergrenze für Goethe

Schule künftig vierzügig? Politik vertagt Beschluss

Hildesheim (hei). Das Goethegymnasium soll im kommenden Sommer nur noch vier fünfte Klassen aufnehmen dürfen – das will Schuldezernent Dirk Schröder jetzt per Satzung festschreiben lassen. Bereits im vergangenen Sommer hatte es Streit gegeben, weil die Schule 150 Zulassungen verschickte hatte, obwohl die Stadt lediglich 130 neue Goethe-Schüler akzeptieren wollte.

Mit einer Satzung will Schröder die neue Obergrenze für Fünftklässler auf rechtlich sichere Füße stellen. Auch das Scharnhorstgymnasium wird auf maximal vier fünfte Klassen beschränkt. Allerdings ist die Nachfrage der Eltern dort in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen, im vergangenen Sommer reichte die Schülerzahl nur noch für zwei Klassen. „Aus paritätischen Gründen schlagen wir für beide Gymnasien die Vierzügigkeit vor“, sagte Schul-Fachbereichsleiterin Martina Donat in der jüngsten Sitzung des Schulausschusses. Dadurch könne die Stadt den vorhandenen Schulraum optimal ausnutzen. Einen zweiten Grund nennt die Beschlussvorlage: Die Aufnahmebeschränkung sei auch angesichts der Inklusion und dem Wunsch nach kleineren Klassen sinnvoll.

Die Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und Piraten wollte diesen Beschluss so allerdings nicht fassen. Vor einer Entscheidung müsse die Stadt erst mit den anderen Schulträgern reden, also dem Landkreis und den beiden Kirchen, forderte Ratsherr Andreas Marx (Piratenfraktion).

Die beantragte Vertagung stieß beim Schuldezernenten auf Unmut. „Wenn wir jetzt keinen Beschluss bekommen, wird das Goethegymnasium wieder fünfzügig aufnehmen und dann den Ausbau der Schule fordern“, argumentierte Schröder. Um seine Prognose zu untermauern, zitierte er aus Brandbriefen von Goethe-Schulleiter Reinhard Weddig, in denen dieser über mangelnden Platz klagte. Die Situation sei „dramatisch“, er werde beim Kultusministerium um seine Versetzung bitten, zitierte Schröder Weddig aus einem Schreiben von 2009. „Wir haben einen ganzen Packen solcher Briefe und empfehlen daher die Vierzügigkeit“, sagte Schröder.

CDU-Ratsfrau Claudia Schröder warf dem Goethegymnasium vor, den tatsächlichen Raumbedarf zu verschweigen. „Wenn es jetzt heißt, die Schule hätte noch Räume frei, dann ist das geschönt“, sagte Schröder. Sie sprach sich ebenso für die Vierzügigkeit aus wie die Vertreter von Eltern und Schülern im Ausschuss.

Einstimmig entschied der Ausschuss, die Beschlussvorlage als beraten in die Fraktionen zu überweisen. Auf diesem Weg lassen die Politiker die Möglichkeit offen, in der nächsten Ratssitzung darüber abzustimmen.

Pferdefleisch für Arme – geht das?

Hildesheim (r/hei). Pferdefleisch-Lasagne für Bedürftige – mit diesem Vorschlag hat es der CDU-Hinterbänker Hartwig Fischer bundesweit in die Schlagzeilen gebracht. Am Donnerstag, 7. März, trifft er auf Annelore Ressel von der Hildesheimer Tafel, die Fischer eine „ekelerregende Gesinnung“ bescheinigt. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Eckart von Klaeden hat beide zu einer Diskussion ins „Szenario“, Schinkelstraße 9 eingeladen. Los geht es um 19 Uhr. Superintendent Helmut Abmann und Landvolk-Chef Wolfgang Rühmkorf diskutieren mit. Die Moderation hat HAZ-Chef-Redakteur Hartmut Reichardt.

Politiker wollen Fußgängerzone erweitern

Ausschuss fordert: Kurzer Hagen soll für Autos tabu sein / Kaufleute sorgen sich um City-Parkplatz

Hildesheim (hei). Die Hildesheimer Fußgängerzone soll wachsen – zum ersten Mal seit 1996, als die Autos vom Ratsbauhof verbannt wurden. Künftig soll auch der Kurze Hagen Fußgängern vorbehalten sein. Das fordert der Stadtentwicklungsausschuss. Die Konsequenz: 32 Kurzzeit-Parkplätze an der Altstadt Stobenstraße würden wegfallen. Die Langzeitparkplätze hingegen wären nicht betroffen.

„Wir wollen die Innenstadt deutlich schöner machen, dazu passt kein Parksuchverkehr“, begründet Ausschussvorsitzender Wilfried Kretsch-

mer (SPD) den Vorstoß. Für Kurzzeitparker stehe nur wenige Meter weiter das Parkhaus der Arneken Galerie bereit. Seit deren Fertigstellung gebe es keinen Grund mehr, mit Autos durch den Kurzen Hagen zu fahren. „Das ist unnötiger Verkehr, der das Einkaufserlebnis trübt.“

Die Politiker denken indes auch ans Geld: Demnächst muss die Stadt ausrechnen, wie viel die Hausbesitzer zur abgeschlossenen Sanierung des Kurzen Hagens beisteuern müssen. Bei der jetzigen Ausweisung käme auf die Anlieger die Hälfte der Kosten zu.

Stellt die Stadt hingegen das Schild „Fußgängerzone“ hin, darf sie 66 Prozent auf die Hausbesitzer umlegen und kommt selbst billiger davon.

Die Geschäftsleute im Kurzen Hagen können einer Ausweitung der Fußgängerzone wenig abgewinnen – sie wollen, dass der Parkplatz Altstadt Stobenstraße weiter für ihre Kunden offen ist. „Ohne den kommen noch weniger Kunden“, fürchtet etwa Bärbel Lehmann, Mitinhaberin des Geschäfts „Spielen mit Köpfchen“. Sie fürchtet ein Geschäftsterben wie in der Scheelenstraße. Auch Harald

Lange, Inhaber des Blumengeschäfts, fürchtet spürbare Umsatzrückgänge: „Wir müssen für unsere Kunden mit dem Auto erreichbar sein.“

Baudezernent Kay Brummer sieht in der Fußgängerzone eine Aufwertung der Straße. Er muss jetzt dennoch nach Wegen suchen, den Parkplatz zu erhalten – das hat ihm Oberbürgermeister Kurt Machens aufgetragen. „Die Verwaltung möchte dem berechtigten Bedürfnis der Anlieger nach Erhalt des Parkplatzes Rechnung tragen“, sagte Rathaus-Sprecher Helge Mieth.



Aus der jetzigen Spielstraße soll eine Fußgängerzone werden, fordern Ratspolitiker.



32 Kurzzeit-Parkplätze an der Altstadt Stobenstraße würden wegfallen. Fotos: Moras

www.reddy.de
reddy-hildesheim@kuechen.de

Telefon 05121 5131-03/-06
Telefax 05121 5131-08

Öffnungszeiten
Mo. - Fr. 9.30-18.30 Uhr
Samstag 10.00-14.00 Uhr

REDDY spart nur am Preis, niemals an der Qualität!

31135 Hildesheim • Bismarckplatz 10/11
gegenüber der T-Tankstelle dir. an der B1